Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen

Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen

Band: 51 (1995)

Heft: 4

Artikel: Das Sozialamt auf dem Weg zum Milliardenbudget? : Ein Abend mit Stadträtin Monika Stocker

Autor: Stocker, Monika

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-844701

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Sozialamt auf dem Weg zum Milliardenbudget?

Ein Abend mit Stadträtin Monika Stocker

Durch die Rezession geraten immer mehr Menschen, vor allem auch Frauen, in Armut. Während das Budget des Sozialamtes für 1995 780 Mio Fr. vorsah, sind es 1996 bereits 850 Mio Fr. Bei gleich rasantem Wachstum der sozialen Aufgaben - müsste im Jahr 2000 einzig für das städtische Sozialamt eine Milliarde bereit gestellt werden. In ihrem Referat vom 3. November sprach Monika Stocker über die Perspektiven und Sorgen als Sozialvorsteherin und stellte das "Null-Summen-Spiel" der Sparwütigen an den Pranger.

Noch ist einer breiteren Oeffentlichkeit nicht bewusst, welche Zeitbombe im Sozialbereich auf uns zukommt. Bei den kürzlichen Nationalratswahlen war Sozialpolitik kein Thema. Die Rede war von Finanzen und Sparpolitik. Alle schieben die unangenehme Karte weiter, irgend jemand muss zum Schluss bezahlen. Bei einer Firma läuft's schlecht, sie setzt den Rotstift an und rationalisiert dreissig Arbeitsplätze weg. Die neue Krankenversicherung übernimmt die Kosten der Hauspflegerin nicht mehr, um finanziell etwas besser über die Runden zu kommen. Die Unternehmen haben eine für sie richtige Entscheidung getroffen. Auf der untersten Stufe der gesellschaftlichen Pyramide hat dies jedoch verheerende Folgen. Das knappe Familienbudget reicht endgültig nicht mehr, schlimmstenfalls muss das Sozialamt eingreifen und die Kosten der Sanierung der eingangs zitierten Betriebe trägt auf Umwegen die Oeffentlichkeit.

Arbeitslosigkeit: ein Sockel mit echten Wachstums"chancen"

Zu Beginn der 70er-, der 80er- und der 90er-Jahre erlebte die Schweizer Wirtschaft jeweils eine Rezession. Nach jedem wirtschaftlichen Einbruch blieb während des Aufschwungs eine gewisse "Sockelarbeitslosigkeit" zurück. Das Problem: Der "Sockel" hat sich in den letzten zwanzig Jahren vom Maulwurfshügel in einen eigentlichen Berg verwandelt, die Wirtschaft erholte sich auf Kosten der Arbeitsplätze. Es besteht leider keine Aussicht, dass sich dieser Sachverhalt in absehbarer Zeit in günstigem Sinne verändern wird, denn auf dem weltweiten "Markt" findet sich immer eine Nische, die noch preisgünstiger produziert.

Junge, Frauen, Alte

Die Risiken der Arbeitslosigkeit sind nicht auf alle Bevölkerungsschichten gleichmässig verteilt. Bedroht sind in

erster Linie

- Junge, weil Firmen immer weniger bereit sind, die Einführungszeit in den Arbeitsprozess zu finanzieren,
- Menschen über 50, die aus dem Arbeitsprozess herausfallen sowie
- Frauen ganz allgemein, die zwischen 30 und 50 nicht rentieren, da ihre Biographien "unzuverlässig" sind.

Das Sozialamt - ein Grossbetrieb

Im Sozialamt sind die verschiedensten Dienstleitungen zusammengefasst, von der Stelle für Heroinabgabe bis zur Stadtküche, der Zentralstelle für Opferhilfe bis zu den 28 Institutionen der städtischen Altersheime. Uebrigens: Die Zentralstelle für Opferhilfe wirkt auch präventiv und organisiert Selbstverteidigungskurse für Frauen. - Die Summen, die die einzelnen Aemter umverteilen müssen, sind beeindruckend: Das Amt für Zusatzleistungen beispielsweise setzt jährlich 200 Mio Fr. um.

Abschied vom Wünschbaren

Jugend- oder Frauentreffs wären schön, Zentren für Migrantinnen hilfreich, die Unterstützung innovativer Projekte von Kleingruppen sinnvoll. In den letzten zwanzig Jahren haben wir uns angewöhnt, bei guten Einfällen ein Gesuch einzureichen und auf den warmen Regen der staatlichen Subvention zu warten. In Zukunft werden wir ohne diese Frühlingsschauer auskommen müssen. Keine Steuerzahlerin, kein Steuerzahler wird ohne zwingende Not bereit sein, dem Sozialamt im Jahr 2000 ein Milliardenbudget zur Verfügung zu stellen. Wenn wir wollen, dass nicht ein grösserer Teil unserer Gesellschaft am Rande des wirtschaftlichen Abgrundes lebt, müssen alle umdenken. Monika Stocker möchte die Tätigkeit ihres Amtes rund um drei Schwerpunkte organisieren: Existenzsicherung, Integration und Soziokultur.

Risikofaktor Alleinsein

52% der Zürcher Haushalte sind Einpersonenhaushalte, Alleinstehende Menschen sind ganz besonders von der Armut bedroht. Von den Alleinstehenden sind 82,8% Frauen und nur 17,2% Männer. Bei den Unterstützungsbezüger machen Alleinstehende 91,8% aus, 8.2% sind Ehepare. D.h. im Klartext, dass alleinstehende Frauen von der Armut überdurchschnittlich hart betroffen sind.

Existenzsicherung

Existenzsicherung ist nicht Bundes-, sondern Kantons- und Gemeindesache. Bekanntlich delegieren die Kantone zur Zeit teure Aufgaben mit Vorliebe an die Gemeinden - die Stadt soll auffangen, was der Kanton nicht mehr bezahlt.

Das städtische Sozialamt gibt gegenwärtig für die Existenzsicherung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger 400 Mio aus. Diese Summe ist nicht nur aus ethischer Sicht vertretbar. Bei den Bedürftigen besteht keine Gefahr, dass sie das Geld auf die hohe Kante legen;

es wird sofort wieder ausgegeben und kommt der Volkswirtschaft unmittelbar zu gut.

Muss der Staat alle Menschen übernehmen, die aus der Wirtschaft herausgefallen sind, hat er nach Stocker auch das Recht, sich auf dem Arbeitsmarkt zu positionieren. Es gilt, neue Formen von Arbeitsplätzen zu schaffen. Mit dieser Politik macht sich die Sozialvorsteherin nicht nur Freunde. Bereits haben Vertreter des Gewerbes, der Gewerkschaften und des Wirteverbandes ihre Bedenken angemeldet.

Integration und Soziokultur

Integration in den Arbeitsmarkt und in das gesellschaftliche Leben ist das höchste Ziel, denn niemand kann sich ein Heer von Menschen wünschen, die sich verkriechen und nur noch von der Fürsorge leben. Auf lange Sicht brauchen wir neue Formen des Zusammenlebens, Quartiertreffpunkte etwa, an denen sich die Leute begegnen und kennenlernen können, damit sie notfalls von ihrer unmittelbaren Umgebung mit kleinen Dienstleistungen versorgt werden.

Städteinitiative mit sozialpolitischen Forderungen

Zürich und andere grosse Städte nehmen Zentrumsfunktionen wahr, die endlich anerkannt werden müssen. Damit diese Anliegen auch an höchster Stelle endlich wahrgenommen werden, haben sich die Sozialvorsteherinnen und -vorsteher der grösseren Städte zusammengetan und eine Städteinitiative mit zehn sozialpolitischen Forderungen lanciert.

- Verlangt wird eine Gesamtschau der sozialen Probleme und eine bessere Koordination der sozialpolitischen Massnahmen.
- Sozialpolitische Probleme und Massnahmen sollen gleichzeitig mit Finanzfragen diskutiert werden.
- Auf Bundesebene soll eine Koordinationsstelle für Sozialpolitik geschafffen werden.
- In der Bundesverfassung ist das Recht auf Existenzsicherung zu verankern.
- Der Dialog zwischen Bundesbehörden und Städten ist zu institutionalisieren.
- Auf Bundesebene ist ein Sozialhilfe-Rahmengesetz zu schaffen.
- Materielle Standards in der Sozialhilfe sind zu harmonisieren.
- Neue Modelle zum finanziellen Lastenausgleich im Sozialbreich sind zu entwickeln.
- Bei Vernehmlassungsverfahren müssen die Anliegen der Städte adäquat berücksichtigt werden, denn die Interessen der Städte liegen oft anders als die der Kantone.
- Die Anliegen der Städte müssen in irgendeiner Form beim Bund vertreten sein.
- Die Städte verlangen eine Vertretung mit Beobachterstatus in der interkantonalen Fürsorgedirektorenkonferenz.

"Ein spannendes Amt", charaktersisiert Monika Stocker abschliessend ihre Aufgabe. Ihr jedenfalls dürfte die Arbeit demnächst nicht ausgehen.